



Communiqué

26. Mai 2021

Sommersynode 2021

Neue Formen kirchlicher Präsenz fördern

Am zweiten Tag der Sommersynode 2021 wurde unter anderem über eine Interpellation diskutiert, die nach der inhaltlichen Ausrichtung der Kirche fragte. Gleichzeitig genehmigte die Synode einen weiteren Verpflichtungskredit für die «Metalchurch», die als zukunftsweisendes Projekt gerühmt wurde.

Der zweite Synodetag startete mit der Interpellation «Zukunftsstrategie vor Finanzstrategie». Die vier Unterzeichnenden der Interpellation erinnerten an die Finanzstrategie, die der Synode 2020 präsentiert wurde und die bis 2025 Einsparungen von 3 Millionen ermöglichen soll. Den Interpellantinnen und Interpellanten ist es ein Anliegen, dass vor diesem Hintergrund die inhaltliche Diskussion und Ausrichtung nicht verloren geht. So stellten sie dem Synodalrat die Frage, für welche Aufgaben und Ziele künftig Ressourcen bereitgestellt werden sollen.

Die Synodalratspräsidentin Judith Pörksen Roder beantwortete die verschiedenen Fragen detailliert und ausführlich. So sei der Synodalrat grundsätzlich der Ansicht, dass die Finanzstrategie die Zukunftsstrategie unterstützt, indem sie die Liquidität und Eigenfinanzierung sicherstellt. Es brauche zudem Räume des Dialogs und eine Weiterentwicklung vom Bestehenden. Die Kirche solle ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und gesellschaftlich relevant bleiben. Ein Schwerpunkt käme zudem Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu. Antworten sollen grundsätzlich im Dialog mit den Beteiligten gesucht werden. Die Synode ergriff im Anschluss die Gelegenheit, gewisse angesprochene Themen kurz zu diskutieren. Es wurde klar, dass dies erst der Anfang eines Dialogs ist, der stets weitergeführt werden muss.

Weitere Unterstützung für die «Metalchurch»

Raum auch für die jüngere Generation bietet etwa das Projekt «Metalchurch». 2017 beschloss die Synode, die übergemeindliche Bewegung «Metalchurch» im Rahmen eines Pilotprojektes finanziell mit jährlich 45'000 Franken zu unterstützen. Gleichzeitig verlangte die Synode damals, dass ihr an der Sommersynode 2021 ein Bericht vorgelegt wird. Dieser Bericht lag der Synode nun vor. Gemäss dem Bericht hat der von der Synode gesprochene Betrag der «Metalchurch» nicht gereicht, um ihr wachsendes Angebot bestreiten zu können. Es wurden daher verschiedene Stiftungen um Unterstützung angefragt, die meistens aber nur einmalige Beiträge gesprochen haben.

Nebst der Berichterstattung beantragte der Synodalrat einen Verpflichtungskredit für die Jahre 2022 bis 2025 in der Höhe von jährlich 105'000 Franken. Mit seinem Legislaturprogramm 2020-2023 will der Synodalrat ausdrücklich neue Formen kirchlicher Präsenz fördern

und dafür auch Mittel bereitstellen. Zu solchen neuen Formen gehört in den Augen des Synodalrats auch die «Metalchurch». Der beantragte Verpflichtungskredit ist für die Deckung der Löhne gedacht: 30% für eine Pfarrstelle, 30% für eine Stelle Sozialdiakonie und 15% für Sekretariatsarbeiten.

Die Synode zeigte sich sehr wohlwollend gegenüber dem Projekt. Kirche müsse auch in sogenannten Subkulturen stattfinden, wurde etwa erwähnt. Gleichzeitig anerkannten die Synodalen, dass die «Metalchurch» gut ins Legislaturprogramm passe. Das Projekt sei eine Chance, andere Kreise von Leuten anzusprechen als mit «traditionellen» Angeboten. Auch wurde unter anderem begrüsst, dass es sich um ein gemeindeübergreifendes und zukunftsweisendes Projekt handle, das die Arbeit der Kirchgemeinden ergänzt. Die Synode würdigte das Projekt mit einer deutlichen Genehmigung des beantragten Verpflichtungskredites.

Ausserdem an der Synode:

- Genehmigung der Teilrevision des Reglements über die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienreglement) – unter anderem mit einer Erhöhung der Altersgrenze für die Bezugsberechtigung
- Genehmigung eines Verpflichtungskredites für den Ersatz der veralteten Telefonanlage im Haus der Kirche
- Einladung der Synodalen an die Gesprächssynode zu Thema «Ehe für Alle» vom 16. Oktober 2021
- Grusswort des Beauftragten für kirchliche und religiöse Angelegenheiten des Kantons Berns David Leutwyler